

„Vom Gegeneinander zum Miteinander“

Gemeinderat will das Management öffentlicher Plätze und die Konfliktprävention in einer zentralen Stelle bündeln

Nachtmediation heißt das Zauberwort, mit dem die Stadt künftig Konflikte auf öffentlichen Plätzen lösen möchte. Dafür soll eine zentrale Stelle beim Amt für öffentliche Ordnung geschaffen werden – zuständig für die Nutzung öffentlicher Plätze und für Konfliktprävention. Der Gemeinderat hat dem Konzept nach kontroverser Diskussion mit großer Mehrheit zugestimmt.

Zentraler Baustein des neuen Ansatzes ist die Prävention: Künftig sollen Nachtmediatoren zwischen denjenigen, die nachts draußen feiern möchten, und den sich gestört fühlenden Anwohnerinnen und Anwohnern vermitteln. Dafür werden vier neue 50-Prozent-Stellen geschaffen. Als zweites will die Stadt Veranstaltungen lenken und auf verschiedene Plätze verteilen. Bekanntestes Beispiel ist der Eschholzpark, der sich zukünftig als Veranstaltungsort etablieren soll. Erst der dritte Baustein ist dann der „ordnungsrechtliche Vollzug“, sprich der Einsatz von städtischem Vollzugsdienst (VD) und Polizei.

„Ich glaube, wir brauchen, Sensibilisierung, Rücksichtnahme und Ansprache“, fasste Bürgermeister Stefan Breiter, die Idee des Konzepts zusammen – konnte damit allerdings die Freien Wähler und die AfD nicht überzeugen, die dagegen stimmten.

„Die Vorlage ist kraftlos, konzeptlos und wirkungslos“, urteilte FW-Stadtrat Johannes Gröger. Detlef Huber von der AfD sprach gar von einer „Kapitulation vor den unsäglichen Zuständen an einigen Plätzen in dieser Stadt“.

Skeptisch äußerte sich auch Felix Beuter von Eine Stadt für alle: Die Krux des Konzepts sei die Ansiedlung beim Amt für öffentliche Ordnung, zu dem künftig auch ein Teil der Kommunalen Kriminalprävention gehören soll. Das schränke die Akzeptanz der Mediatoren erheblich ein. Seine Fraktion enthielt sich. Und auch die CDU äußerte Kritik: Gemeinsam mit den Freien Wählern beantragte sie, den Vollzugsdienst wieder aufzustocken, fand dafür allerdings keine Mehrheit.

Von diesen Punkten abgesehen, stieß die Vorlage auf viel Zustimmung. „Damit haben wir die Chance, von einem Gegeneinander zu einem Miteinander zu kommen“, so Grünen-Stadtrat Hannes Wagner. „Wichtig ist, dem Konzept eine ehrliche Chance zu geben es nicht gleich wieder zu zerreden.“

Auch die SPD/Kulturliste stimmte „gerne zu“, so Fraktionsvorsitzende Julia Söhne. Das Konzept biete neue Ansätze und damit einen Weg, aus der „Kommunalen-Ordnungsdienst-Spirale“ herauszukommen. In anderen Städten, wie etwa in Bern, habe man damit Erfolge erzielt. Zustimmung, äußerte auch Simon Waldenspuhl von Jupi. Dies sei der erste Lösungsansatz seit Jahren, in dem auch diejenigen vorkämen, die die Plätze nutzen. Bislang beschränke sich Bürgerbeteiligung in Freiburg oft darauf, mit den Bürgervereinen zu sprechen.

Das Konzept respektiere die Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, hob Sascha Fiek von FDP/Bürger für Freiburg hervor. Allerdings habe er sich mehr Einigkeit im Gemeinderat erhofft. „Die Debatte hat gezeigt, dass es Gräben gibt“, fasste Oberbürgermeister Martin Horn zusammen. „Aber jetzt haben wir die Chance, diese Gräben zu schließen.“

Bebauungsplan für das Metzgergrün

Große Mehrheit im Gemeinderat

Eines der wichtigsten Innenentwicklungsprojekte in der Kernstadt hat die letzte Hürde im Planverfahren genommen: In seiner Sitzung am vorigen Dienstag hat der Gemeinderat den Bebauungsplan „Im Metzgergrün“ zur Satzung beschlossen. Die Gebäude des in den 1950er-Jahren erbauten Quartiers im westlichen Stühlinger sind stark sanierungsbedürftig. Gleichzeitig gibt es aufgrund der lockeren Bebauung und des benachbarten ehemaligen Wohnmobilstellplatzes ein großes Entwicklungspotenzial. Auf dem zusammen rund 6,5 Hektar großen Areal plant die Freiburger Stadtbau daher ein urbanes Quartier mit rund 580 Wohneinheiten, die Hälfte davon als geförderter Wohnraum.

2017 wurden mehrere Architekturbüros beauftragt, eine städtebauliche Konzeption zu entwickeln. Der Siegerentwurf des Büros Dietrich Untertrifaller aus Bregenz bildete die Grundlage für den jetzt beschlossenen Bebauungsplan.

Im Gemeinderat gab es für das Projekt stets große Mehrheiten, aber genau wie aus dem Quartier auch Kritik. Vor allem der Verlust des aktuell sehr preisgünstigen Wohnraums sowie der über Jahrzehnte gewachsenen Nachbarschaft wurde beklagt. Der Antrag auf eine einjährige Denkpause fand am Dienstag jedoch keine Mehrheit. Von den Befürwortern wurden abermals der hohe Sanierungsbedarf sowie die Notwendigkeit zum Bau zusätzlichen und bezahlbaren Wohnraums angeführt.

Der Bebauungsplan erlangt durch seine Bekanntmachung – voraussichtlich in der kommenden Amtsblatt-Ausgabe – Rechtskraft. Die Arbeiten im ersten Bauabschnitt haben unterdessen bereits begonnen, da schon im Februar 2022 die Planreife festgestellt wurde.

Glückwunsch nach Waltershofen

Das Jahr 1972 war für Freiburg ein ganz besonderes, denn mit dem Tunibergdorf Waltershofen bekam es weiteren Zuwachs. Heuer jährt sich die Eingemeindung zum 50. Mal, was eingangs der vorigen Gemeinderatssitzung ausführlich gewürdigt wurde. Ortsvorsteherin Petra Zimmermann erwiderte die Lobrede von OB Martin Horn gewohnt launig: „Mir schwätzed ned, mir mache“, bezeichnete sie als Stärke ihrer Dorfgemeinschaft – und wünschte sich, dass sie von der großen Stadt manchmal etwas ernster genommen würden. Zunächst wird aber gefeiert: Am 30. Juli ab 16 Uhr sind alle Freiburgerinnen und Freiburger herzlich nach Waltershofen eingeladen.

Neuer Beirat für Kunst am Bau

Der Gemeinderat hat mit großer Mehrheit die Einrichtung eines Beirats für Kunst am Bau und im öffentlichen Raum beschlossen. Gleichzeitig hat er die Satzung der bisherigen Kunstkommission aufgehoben. Deren Mitglieder waren zum Jahresende 2021 drei Jahre vor Ablauf ihrer Amtszeit geschlossen zurückgetreten. Im Vorfeld hatte es Unstimmigkeiten über die Rolle des Gremiums gegeben.

Der neue Beirat hat eine rein beratende Funktion. Er soll seine Fachkompetenz im Hinblick auf die künstlerische Qualität von Vorhaben, deren Bezug zur architektonischen Umgebung und zum Stadt- und Landschaftsbild sowie zu bau- und soziokulturellen Zusammenhängen einbringen, heißt es in der Beschlussvorlage. Die Mitglieder des fünfköpfigen Gremiums werden vom Gemeinderat bestellt, ihre Amtszeit dauert vier Jahre. Für die Organisation rund um die zwei Sitzungen pro Jahr ist das Kulturamt zuständig. Die Sitzungsergebnisse fließen in die weiteren Beratungen ein.

Nach Gutachten: Turm gesperrt

Noch dieses Jahr sollte die Sanierung des Eugen-Keidel-Turms auf dem Schauinsland beginnen. Ein Gutachten sollte vorab den Zustand des Turms klären und ergab, dass die Standfestigkeit nicht mehr garantiert werden kann. Deshalb ist der Turm nun gesperrt. Wie lange das so bleibt, ist noch unklar. Aktuell prüft ein Gutachter, ob übergangsweise Sicherungsmaßnahmen möglich sind, um den Turm für die Zeit bis zur Sanierung wieder öffnen zu können. Die Kosten der Sanierung sind noch unklar.

Querformat

8, 271 und 3,5

Kein Zahlenrätsel, sondern das neue Naturschutzgebiet Schangen-Dierloch präsentierten Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer und Umweltbürgermeisterin Christine Buchheit unlängst am Rande Hochdorfs. Es ist das achte in Freiburg und das zweihunderteinundsiebszigste im Regierungsbezirk. Dessen Fläche weist damit zu 3,5 Prozent diesen besonders hohen Schutzstatus auf. Das 131 Hektar große Areal zeichnet sich durch zusammenhängende Wiesen und eine Vielzahl naturnaher Gräben und Bäche aus. Zudem sind die Wälder mit alten Eichenbeständen und ihrer artenreichen Saumvegetation äußerst wertvoll. Hier sind zahlreiche gefährdete Insektenarten, insbesondere Libellen, Tag- und Nachtfalter sowie seltene Vogelarten zu Hause. Außerdem finden sich seltene Pflanzenarten, die zum Teil noch auf die historische Landnutzung des Gebiets mit traditionellem Hanfanbau („Hanfreezen“) und Wiesenwässerung zurückgehen. Die jetzt offiziell vollzogene Ausweisung als Naturschutzgebiet soll zum langfristigen Erhalt dieser Arten und ihrer Lebensräume beitragen.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Chance für Konzept für öffentlichen Raum

Viele Menschen, unterschiedliche Bedürfnisse, begrenzter Platz – Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum sind allgegenwärtig und seit Langem Thema. „Mit dem neuen Konzept ‚Öffentlicher Raum – Platzmanagement und Konfliktprävention‘ besteht die Chance, von einem Gegeneinander zu einem Miteinander zu kommen.“ so Stadtrat Hannes Wagner, der im neuen Konzept drei Hauptpunkte ausmacht: „Wir ergänzen den ordnungsrechtlichen Vollzug um Prävention. Das beinhaltet Nachtmediator*innen sowie die Entwicklung von Nutzungskonzepten, die Konflikte vermeiden. Wir setzen auf eine lenkende Gestaltung durch Veranstaltungen und bauliche Veränderungen wie Beleuchtung, Bänke, Toiletten. Und wir bündeln Kompetenzen in der Verwaltung.“

Der neue Kompromiss zwischen Prävention und Vollzug sollte nicht in Gefahr gebracht werden, ohne überhaupt die erst zu erarbeitenden Konzepte zu kennen. Für uns ist daher eine Debatte um mehr Personal beim Vollzugsdienst und den Nachtmediator*innen zum aktuellen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Worauf es uns ankommt, ist die Umsetzung des Konzepts und eine Stärkung der kommunalen Kriminalprävention. So können Themen wie die Prävention sexualisierter und häuslicher Gewalt beim Sozialamt angesiedelt bleiben.

Moratorium hilft bei Metzgergrün nicht weiter

Im Stühlinger wird das Quartier „Metzgergrün“ neu bebaut: über 500 Wohnungen entstehen, davon die Hälfte im geförderten Mietwohnungsbau. Nicht zuletzt aufgrund unzureichender Kommunikation gab es viel Aufregung um den Abriss der Bestandsbebauung – deshalb wurde jüngst die Quartiersarbeit aufgestockt. Nachdem es bereits 2006 Hinweise darauf gab, dass im Metzgergrün Abriss und Neubau eine sinnvolle Option sein könnten, wurden aus dem Quartier heraus zwei Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben. Der einstimmig und unter Mitwirkung des Quartiersrates gekürte Siegerentwurf der Mehrfachbeauftragung wurde 2017 vorgestellt; nun wurde der Bebauungsplan beschlossen. „Nach wie vor ist Wohnen die soziale Frage der Zeit, weshalb an der Kombination aus Innenentwicklung und dem Neubau eines ganzen Stadtteils kein Weg vorbeiführt.“ so Stadtrat Lars Petersen. „So idyllisch die Wohninsel mit langjähriger Bewohnerschaft und gutem nachbarschaftlichem Miteinander auch ist, eine Sanierung der Bestandsgebäude ist wirtschaftlich nicht darstellbar – vom zeitgemäßen, auch familiengerechten Zuschnitt der Wohnungen oder der Barrierefreiheit ganz zu schweigen.“ Vor dem Hintergrund der aktuellen Baupreissteigerungen, Inflationsraten und dem Fachkräftemangel hilft das ins Spiel gebrachte Moratorium auch nicht weiter: dadurch wird es weder besser noch billiger. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die langjährigen Planungen nun umgesetzt werden.

Herzliche Einladung!

Eine Stadt für alle

Besser spät als nie!

In einem offenen Brief an die Verwaltung fordern SPD/Kulturliste und Grüne jetzt, die im letzten Doppelhaushalt von ihnen und einer Gemeinderatsmehrheit gestrichenen Regelzuschusserhöhungen im Sozial- und Kulturbereich auf der Basis der Tarife 2022 fiktiv fortzuschreiben, um im kommenden Doppelhaushalt wieder den Anschluss an die Tarifierhöhungen herzustellen. Das Gleiche soll auch für die eingefrorenen Personalkostenbudgets der städtischen Ämter gelten. Grund dafür ist die aktuelle Steuerschätzung, nach der die Steuereinnahmen 2022 den Höchststand von 2021 erneut übertreffen werden.

Zuschusserhöhungen an freie Träger nachholen!

Nicht ohne eine gewisse Genugtuung nimmt unsere Fraktionsgemeinschaft diese späte und längst überfällige teilweise Korrektur der damaligen sozial- und kulturpolitischen Fehlentscheidung zur Kenntnis. Schon im letzten Finanzbericht waren die Steuerzahlen deutlich besser ausgefallen als erwartet, und die beiden Fraktionen hätten eigentlich unserem interfraktionellen Korrekturantrag im April 2022 zustimmen müssen. Die jetzige Steuerschätzung – auch bereits im April prognostiziert – konterkariert zum wiederholten Male die schon damals unhaltbaren Rechtfertigungsversuche, warum tiefe Einschnitte bei Personal und Angeboten nötig und verkraftbar seien. Die in 21/22 entstandenen Finanzlöcher bei den tarifgebundenen Zuschussempfängern sollen jedoch nicht kompensiert werden.

Vollkommen unabhängig von den immer deutlicher über dem Planansatz liegenden Steuerzahlen ist eine finanzpolitische Sanierung auf dem Rücken des städtischen Personals, im Kinder- und Jugend-, im Sozial- und Kulturbereich – insbesondere im Nachklapp der Coronakrise – nicht akzeptabel. Steigende Nachfrage nach städtischen Dienstleistungen, sozialen Hilfs- und Beratungsangeboten und das Dürsten nach Kulturveranstaltungen mit faktischen Kürzungen zu quittieren, ist weder sozial-, kultur- noch finanzpolitisch nachhaltig. Hinzu kommen jetzt auch noch neue Belastungen durch steigende Objektmieten, Energiepreise und Inflation.

Steter politischer Druck der Beschäftigten aus den Kitas, Jugendzentren und dem Sozial- und Kulturbereich sowie die Tatsache, dass wir dieses Thema immer wieder in den Gemeinderat gebracht haben, zeigen jetzt endlich Wirkung. Vor dem Hintergrund der Rekorderlöse aus der Gewerbesteuer, der als rechtmäßig bestätigten Erhebung der Übernachtungssteuer und den wohl erneut höheren Steuerzuweisungen, lenken SPD und Grüne nun endlich ein und müssen ihre Haltung korrigieren, wenn sie wieder glaubwürdig sein wollen.

SPD/Kulturliste

Spielräume nutzen: Kürzungen zurücknehmen

Im letzten Doppelhaushalt kam es durch die Verwaltungsentscheidung zur Nichtweitergabe der Tariferhöhungen zu pauschalen Kürzungen, die die freien Träger im Zuschussbereich ebenso wie die städtischen Ämter hart traf. Die SPD-Kulturliste hat den Entschluss damals schweren Herzens mitgetragen, um angesichts der angespannten finanziellen Lage überhaupt einen genehmigungsfähigen Haushalt zu ermöglichen. „Für uns war jedoch immer klar, dass dies ein einmaliger, der finanziellen Not geschuldeter Vorgang war – und dass er im Falle neu auftauchender finanzieller Spielräume korrigiert werden muss“, erläutert Julia Söhne, Fraktionsvorsitzende. „Diese Situation sehen wir nun gekommen, nachdem die neuesten Steuerschätzungen aufzeigen, dass für die Kommunen im Land kurz- und mittelfristig deutliche Mehreinnahmen zu erwarten sind.“

In einem offenen interfraktionellen Brief an den OB haben wir daher angeregt, die Kürzungen in Teilen zurückzunehmen, indem als Basis für die Fortschreibung der Zuschüsse an freie Träger und die städtischen Ämter im nächsten Doppelhaushalt die Tarifanpassungen in Höhe von 1,8 Prozent (analog im Kulturbereich 2 Prozent) für das Jahr 2022 doch mit hinzugerechnet und auch die Verfügungszeiten für die Erzieher_innen wieder höher angesetzt werden. Mit diesem Schritt könnten die Risiken des kommenden Haushalts ausreichend beachtet und zugleich den dringenden Bedarfen der freien Träger Rechnung getragen werden.

Neues Konzept – neue Chancen

Das neu beschlossene Konzept zu Platzmanagement und Konfliktprävention im öffentlichen Raum bietet durch seine unterschiedlichen Bausteine die Chance, den in den warmen Nächten stets aufs Neue hochkochenden Konflikten zwischen Feiernden und Anwohner_innen durch neue Ansätze zu begegnen. „Unter anderem ist die Einführung eines Nachtmediator_innen-Teams, das proaktiv ansetzt und nicht erst reagiert, wenn die Menschen auf den Plätzen sind und die Konflikte bereits hochköcheln, ein vielversprechender Neuansatz“, so Julia Söhne. Zugleich hätte sich die SPD-Kulturliste bereits für diesen Sommer einige wirkungsvolle Maßnahmen für die bekannten Hotspots gewünscht: So sollte auf Plätzen wie den Seeparkwiesen ab einer bestimmten Uhrzeit ein Musikboxenverbot ausgesprochen und auch durchgesetzt werden. Zudem gibt es bei der Aufwertung alternativer Aufenthaltsorte für Jugendliche wie dem Eschholzpark nach wie vor viel Potenzial und Raum für kreative Gestaltungsideen.

Mut- und kraftloses Freiburger Ordnungskonzept

Das vom Gemeinderat beschlossene Konzept wird die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum nicht lösen. Die Stadtverwaltung hat nach langer Wartezeit endlich das Konzept „Öffentlicher Raum – Platzmanagement und Konfliktprävention“ vorgelegt, dem der Gemeinderat am 12. Juli zugestimmt hat. Mit einem „interdisziplinären und ganzheitlichen“ Ansatz, mit einer neuen Struktur und Nachtmediatoren möchte Freiburg niedrigschwellig Konflikte wie nächtliche Ruhestörungen oder Verschmutzungen in sogenannten Hotspots wie dem Augustinerplatz, dem Lederleplatz oder dem Seepark reduzieren. Wir sehen die Vorlage der Stadt und den Beschluss des Gemeinderats als Schritt in die richtige Richtung. Mediatoren bringen wir schon seit Jahren in die Diskussion mit ein. Das von uns vorgeschlagene dreistufige Konfliktmanagement sah genau diese Art von deeskalierender, kommunikativer Konfliktlösung vor und wir sind froh, dass die Stadtverwaltung diesen Weg gegangen ist.

Allerdings werden die Nachtmediatoren nicht alle Konflikte lösen können. Der Vollzugsdienst, der als zweiter Baustein des Konfliktmanagements vorgesehen ist, muss sich um die Probleme kümmern, die nicht im Dialog gelöst werden können. Im April 2021 wurden die Posten im Vollzugsdienst aber gekürzt, was die Effizienz dieses wichtigen Pfeilers verringerte. Wir haben uns aus diesem Grund nicht nur für die Nachtmediatoren, sondern auch für eine Aufstockung des Vollzugsdienstes um vier Stellen eingesetzt. Oberbürgermeister Martin Horn enthielt sich bei unserem Antrag, wenngleich er betonte, dass er ebenfalls für mehr Personal im Vollzugsdienst sei. Doch wir sind der Meinung: „Wenn man Defizite feststellt, darf man nicht taktieren, sondern muss dafür kämpfen, dass sie beseitigt werden.“ (Dr. Klaus Schüle, stellv. Fraktionsvorsitzender) Es stellt sich die Frage, warum die Stadtverwaltung dem Gemeinderat ein Konzept präsentiert hat, dessen Grundideen durchaus sinnvoll sind, das die Bürger:Innen aber enttäuschen wird. Eine Mehrheit im Gemeinderat lehnte unseren Antrag ab, ohne dass Grüne, SPD oder ESFA sachliche Argumente gegen den Vollzugsdienst vorgebracht hätten. Eine vorurteilsbelastete Politik ist anscheinend wichtiger als konsequente Lösungen. Wir befürchten, dass das beschlossene Konzept ohne die Ergänzung der Stellen im Vollzugsdienst kraftlos ist. Wir werden uns weiter für eine starke Lösung einsetzen. Spätestens bei der Kommunalwahl haben es die Bürger:Innen in der Hand, uns Rückendeckung zu geben.

Jupi

Neue Wege für Lärmprobleme

Lärmkonflikte im öffentlichen Raum sind inzwischen jeden Sommer ein Dauerthema. In der letzten Gemeinderatsitzung haben wir deshalb das städtische Konzept im Umgang mit diesen Nutzungskonflikten nochmals neu aufgestellt.

Die Stadt wird nun zusätzlich sogenannte Mediator:innen auf die Straße schicken. Diese sollen ins Gespräch zu kommen und zwar nicht nur mit den Nutzer:innen der Plätze, sondern auch mit der Anwohnerschaft. Für unsere Fraktion ist dies eine neue Entwicklung und ein erster richtiger Schritt auf einem langen Weg. Denn das Konzept richtet sich eben an beide Konfliktparteien.

Inzwischen dürfte es allen klar geworden sein, dass dieser bisherige repressivere Weg, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu lösen, nicht zufriedenstellend funktionierte. Das liegt mitunter auch daran, dass Politik und Verwaltung bei diesen Konflikten das Thema bisher fast immer aus der Perspektive der Anwohner:innen gedacht hat.

Zu einem Konflikt gehören nun mal immer zwei Parteien. Gesprochen wird aber bisher mit und über die Nutzer:innen der Plätze nur dann, wenn es darum gehen soll sie davon abzuhalten sich im öffentlichen Raum zu treffen. Schon früher hier präventive und kommunikative Wege zu gehen hätte den Anwohner:innen und den Nutzer:innen der Plätze bestimmt viel unnötigen Stress erspart.

Deshalb haben wir ebenfalls einen interfraktionellen Antrag zu dem Thema „Öffentlicher Raum: Nutzungsbedarf für Jugendliche“ formuliert, der angenommen wurde. In diesem beauftragen wir die Verwaltung mit Beteiligung von potentiellen Nutzer:innen der Plätze einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, wie in der ganzen Stadt Grünflächen aufgewertet werden können.

Denn eine reine Mediation wird nicht ausreichen. Wir wollen den Nutzer:innen der Plätze gezielt attraktive Alternative unterbreiten. Orte, die sie nutzen können, die attraktiv und aufwendig gestaltet sind und sich konkret an den Bedürfnissen orientiert, die diese haben. Und auf dem auch bis spät in die Nacht etwas lauter gefeiert werden kann. Im besten Fall schaffen wir es so, die bisherigen Ballungspunkte der Nachtschwärmer:innen wie den Seepark zu entzerren. Und weniger Menschen heißt auch weniger Lärm.

In jedem Fall aber zeigen wir so den vielen tausenden Bürger:innen, die den öffentlichen Raum nutzen, dass wir ihr Anliegen und ihre Interessen ernst nehmen. Das schafft Vertrauen und beugt Politikverdrossenheit vor.

FDP/Bürger für Freiburg

Mehr tun für die Innenstadt

In der kommenden Sitzung des Gemeinderats entscheidet das Gremium auch über unseren Antrag zur Durchführung von bis zu vier Aktionsveranstaltungen pro Jahr in der Innenstadt. Diese sollen durch örtliche Handels- und Gastronomieverbände an den zentralen Plätzen in der Innenstadt, wie dem Kartoffelmarkt, dem Augustinerplatz und/oder dem Rathausplatz, durchgeführt werden können. Hierfür entfallen künftig die bisherigen zwei „Mega-Samstage“, an denen der Handel in der Innenstadt mit verlängerten Öffnungszeiten warb.

Der Strukturwandel in den deutschen Innenstädten insgesamt erfordert auch von Freiburg, Angebot, Gestaltung und Erreichbarkeit der Innenstadt an heutige Bedürfnisse anzupassen. Die Pandemie hat diese Entwicklung nochmals befeuert: das Besuchs- und Einkaufsverhalten, sowohl von Menschen aus der Region als auch von Touristinnen und Touristen, dürfte sich nachhaltig verändert haben.

Im Rahmen eines „Strategiekonzepts Innenstadt“ erarbeitet die Stadt einen Fahrplan, der langfristig die Aufenthaltsqualität und die überregionale Anziehungskraft der Innenstadt stärken soll. Darin enthalten sein werden auch einige Maßnahmen, die unsere Fraktion bereits im vergangenen Jahr vorgeschlagen hat. So soll beispielsweise eine einheitliche Website aufgezogen werden, welche die Öffnungszeiten, die angebotenen Services und Aktuelles über die Innenstadt zentral zusammenbringt.

Jede dieser Maßnahmen kann nur ein Baustein sein, mit dem sich Freiburg hin zur Innenstadt der Zukunft begibt. Dass dieser Weg nun überhaupt eingeschlagen wird, ist nicht zuletzt dem Engagement des Einzelhandels, der Gastronomie und Hotellerie sowie der Anwohnenden der letzten Jahre zu verdanken.

Auch für das kommende Jahr sind übrigens neue Veranstaltungen geplant. Ganz vorn mit dabei: die Münsterplatzkonzerte, die im Juni kommenden Jahres verschiedenste Musikrichtungen in das Herz der Stadt bringen wollen. Von Klassik bis Pop werden die Konzerte mit Sicherheit ein Highlight auf dem Freiburger Veranstaltungskalender. Von daher: Am besten jetzt bereits vormerken!

Freie Wähler

Anschluss Bebelstraße muss endlich kommen

Die Stadt Freiburg steht seit fast 50 Jahren per Eingemeindungsvertrag gegenüber der ehemaligen selbständigen Gemeinde Hochdorf im Wort, den Anschluss der Bebelstraße an die B 294 vorzunehmen. Seit den 90er Jahren mahnt der Ortschaftsrat immer wieder die Erfüllung dieser im Eingemeindungsvertrag zugesagten Vereinbarung an.

„Mittlerweile sind im Gewerbegebiet ca. 20, zum Teil sehr große Speditionen, darunter z. B. Streck, Amazon, Deutsche See, Postzentrum, angesiedelt“, so Stadträtin Gerlinde Schrempp, „diese Unternehmen benötigen dringend diesen Anschluss an die B 294, um so direkt die Autobahnauffahrt FR-Nord zu erreichen“.

Die Autobahnunterführung bei der Autobahnmeisterei AB Freiburg-Nord ist mit einer Durchfahrtshöhe von 3,8 Meter für sehr viele Lkw nicht nutzbar, weshalb sie – egal ob bei Tag oder Nacht – durch Hochdorf fahren, eine geplante Verkehrslenkung war erfolglos.

Immer wieder wurden die lärmgeplagten Hochdorfer mit dem Argument vertröstet, man müsse die Planung der DB AG 3./4. Güterbahngleis abwarten. Diese Planung liegt nun vor und die Stadt argumentierte lange Zeit, dass die DB AG für den Ausbau der Bebelstraße verantwortlich sei.

„Dem ist nicht so, die Stadt muss endlich ihrer Verpflichtung nachkommen, auch im Hinblick auf die großen Belastungen, die während der Bauphase des 3./4. Gleises zu erwarten sind“, mahnt Gerlinde Schrempp.

Die Freien Wähler freuen, sich, dass es nun gelungen ist, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu stellen, der die Aufsetzung „Planfeststellungsbeschluss für den Anschluss Bebelstraße an die B 294“ beantragt.

AfD

Kapitulation statt Konzept

Die Stadt hat sich an einem Konzept versucht. Die Lärm-, Müll- und Gewaltproblematik an vielen Stellen der Stadt will sie in den Griff bekommen. Ergebnis ist eine Kapitulation vor der links-grünen Mehrheit in diesem Gemeinderat.

Nachdem der erfolgreiche Vollzugsdienst in verantwortungsloser Weise gekürzt wurde, sollen es jetzt vier halbe Stellen für Sozialarbeiter richten. Diese heißen dann Nachtmediatoren und sollen „auf Augenhöhe“ Nutzungskonflikte lösen. Weitere zweieinviertel Stellen im Innendienst kommen hinzu. Aufstockung im Vollzug? Fehlanzeige. Der „Freiburger Weg“ sieht Ahndung von Fehlritten und Abschreckung eben nicht vor.

Der „Freiburger Weg“ ist eine Sackgasse

Jeder Anwohner des Seeparks oder des Augustinerplatzes muss sich verhöhnt fühlen, wenn es heißt: Wir haben zwar nicht genug Vollzugsbeamte, schicken aber im Rahmen einer strategischen Maßnahme Nachtmediatoren ins Rennen. Dabei ist das Kapitulationskonzept strukturell nicht schlecht. Die Kombination aus Schaffung einer zentralen Stelle im Amt für öffentliche Ordnung, präventiven Maßnahmen, Versuch der Lenkung der Platzbelegung und (!) ordnungsrechtlicher Vollzug könnte ja zielführend sein. Dann aber mit ausreichend Stellen. Die AfD fordert acht halbe Stellen Nachmediatoren und sechs zusätzliche Beamte im Vollzug.

Freiburg Lebenswert

Mehr Bodenschutz bitte!

Dass Industrieländer Entwicklungsländer ökologisch schröpfen, ist weithin bekannt. Diese Ungerechtigkeit konnte ein Forscherteam der London School of Economics nun in konkreten Zahlen am Beispiel Boden verdeutlichen. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die Industrie- in den Entwicklungsländern 8,2 Millionen Quadratkilometer fruchtbarer Böden alleine für ihren eigenen Lebensmittel- und Energiekonsum beanspruchen! Gesunde Böden sind die Basis jedweder Nahrungsmittelproduktion!

Die verheerende Bilanz, die dort Menschen hungern lässt und hier die überlebenswichtige Ressource Boden entwertet, wird auch in Freiburg bedenkenlos vorangetrieben. Sei es für gigantische Projekte wie Dietenbach oder kleinere wie auf der Zähringer Höhe – in jedem Fall fällt Boden zur Produktion von Lebensmitteln weg, die dann wiederum ärmeren Ländern geraubt werden.

Es ist diese Art von krassem Fehlverhalten, die die Forschenden in der Zeitschrift „Science“ als Triebkraft der globalen Ungerechtigkeit identifizieren. Wir hoffen, dass die anderen Parteien der Bedeutung des Bodens zukünftig endlich mehr Beachtung schenken. Freiburg Lebenswert setzt sich mit aller Kraft für den Erhalt gesunder Böden ein!

Drei Fragen an ...

Elisabeth Willnat

Direktorin der Stadtbibliothek

Zu Lesegenuss unter freiem Himmel lädt das Lesefest Stadt-Lesen vom 28. bis 31. Juli auf den Kartoffelmarkt ein – ein besonderes Comeback nach zwei Jahren Pause. Freiburg ist zum achten Mal mit dabei. Organisatorin vor Ort ist die Stadtbibliothek mit ihrer Leiterin Elisabeth Willnat.

1 Was erwartet Bücherfans beim Stadt-Lesen auf dem Kartoffelmarkt?

Zunächst natürlich viele Bücher! Zwei Büchertürme mit rund 3000 Neuerscheinungen der vergangenen beiden Jahre. Sitzsäcke, Liegestühle und Hängematten verwandeln den Kartoffelmarkt in eine Lese-oase. In der Mittagspause, zwischen den Einkäufen, nach Feierabend oder ganz gezielt – hier kann jeder eine Auszeit vom Alltag genießen. Zusätzlich gibt es viele Programmpunkte. Zur Eröffnung am Donnerstag liest Iris Wolff aus „Die Unschärfe der Welt“. Wo man das Glück im Schwarzwald finden kann – das erfahren Besucher bei der Lesung von Anne Griebner am Freitag. Zum Integrationslesetag sind Freiburger aller Nationalitäten eingeladen, in ihrer Sprache aus ihrem Lieblingsbuch vorzulesen. Dazu stellt sich das Sprachcafé vor, das seit mehreren Jahren jede Woche in der Stadtbibliothek stattfindet. Der Sonntag steht ganz im Zeichen der Familien. Nikola Hübsch erzählt Geschichten, gemeinsam entwickelt mit kleinen und großen Zuhörern.

2 Gibt es eine Veranstaltung, die Ihnen besonders am Herzen liegt?

Jede Veranstaltung ist etwas Besonderes und hat ihren eigenen Zauber. Ich freue mich sehr, dass wir wieder so ein vielfältiges Programm für verschiedene Zielgruppen anbieten können.

3 Welche Impulse sollen vom Lesefest ausgehen?

Vier Tage stehen das gedruckte Buch, Lesen und Vorlesen im Mittelpunkt. Ich wünsche mir, dass die Menschen den Eindruck der Leseoase ins Privatleben übertragen und so für sich bewahren können. Lesen ist Entschleunigung und Ruhepunkt, und das ist ein wichtiges Gegengewicht gerade in einer sich ständig verändernden hektischen Welt.

Stadt-Lesen

Kartoffelmarkt, 28. – 31. Juli, jeweils von 9 Uhr bis zum Sonnenuntergang

- Vier Tage Lesegenuss im „mobilen Lesewohnzimmer“ mit mehr als 3000 Büchern und gemütlichen Sitzmöbeln
- Do, 28.7., 19 Uhr: Eröffnung durch Stadtbibliotheksdirektorin Elisabeth Willnat, anschließend „Die Unschärfe der Welt“, Lesung mit Iris Wolff
- Fr, 29.7., 19 Uhr: „Glücksorte im Schwarzwald“, Lesung mit Anne Griebner
- Sa, 30.7.: Integrationslesetag Menschen mit und ohne Migrationshintergrund können selbst verfasste Texte präsentieren 16–18 Uhr: Das Sprachcafé der Stadtbibliothek stellt sich vor
- So, 31.7.: Familienlesetag 14–18 Uhr: Bastelwerkstatt für Kinder von vier bis zwölf Jahren 14.30–18 Uhr: Erzählen. Nikola Hübsch erzählt frei und mit dem Publikum erstaunliche Geschichten

www.stadtlesen.com/lesestaedte/freiburg/

Klimacamp auf dem Rathausplatz

Aktion durch Versammlungsfreiheit geschützt

Auf dem Rathausplatz steht seit dem 2. Juli ein Klimacamp aus zwei Zelten und Pavillons, in denen die Gruppe „Klimacamp Freiburg“ dauerhaft präsent sein will. Ziel ist, Politik und Gesellschaft zu schärferem Vorgehen gegen den Klimawandel aufzufordern.

Die Aktion steht unter dem Motto „Camp for Future: Wir campen, bis ihr handelt!“. Die Zelte sollen bis Ende 2032 stehen bleiben. Im Team haben sich Mitglieder von Fridays for Future, Students for Future, Scientists for Future und Parents for Future sowie die Initiative Fuß- und Radentscheid Freiburg zusammengeschlossen.

Camps dieser Art gab und gibt es auch in anderen Städten, etwa seit Juli 2020 in Augsburg in Nachbarschaft des Rathauses. Nach derzeit vorherrschender Rechtsauffassung stellen sie Versammlungen dar, die durch Artikel 8 des Grundgesetzes geschützt sind. Damit bedürfen sie keiner Genehmigung der Stadt. Auch die angemeldete Dauer lässt die Versammlungseigenschaft nicht entfallen; das Versammlungsrecht sieht keine Höchstdauer vor. Eine Verlegung des Camps oder Auflagen kann die Stadt nur verfügen, wenn die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet ist.

Parallele Nutzungen des Rathausplatzes sind nicht ausgeschlossen. Die Stadtverwaltung geht davon aus und wird sich dafür einsetzen, dass Traditionsveranstaltungen wie der Weihnachtsmarkt auf dem Rathausplatz stattfinden können.

Schöner Stadtteil mit wenig Freiflächen

Räume für Jugendliche und der Verkehr beschäftigen die Menschen in Herdern

Heile Welt in Herdern? Die vergleichsweise geringe Zahl von rund 60 Interessierten beim Stadtteilgespräch mit OB Martin Horn vor 14 Tagen legt diesen Schluss nahe. Doch vermutlich waren der Freitagabendtermin, das gute Wetter und der prall gefüllte Veranstaltungskalender die Ursache für die eher spärlich gefüllten Reihen in der Sporthalle des FriedrichGymnasiums. Denn thematisch war bei „OB vor Ort“ wieder einiges geboten.

Herdern mit seinen drei Stadtbezirken Süd, Nord und Neuburg ist mit rund 17 500 Einwohnerinnen und Einwohnern einer der größten Freiburger Stadtteile, aber keineswegs einer der älteren: Altersmäßig ist es bunt gemischt – und das wurde auch beim Stadtteilgespräch deutlich. Da ging es zunächst ausschließlich um die Sorgen und Nöte der jüngeren Generation, für die es im Stadtteil selbst nur wenige Angebote gibt. Vor allem mangelt es an Freiflächen und Treffpunkten, wie aus dem Publikum mehrfach vorgetragen wurde. Und dort, wo es möglich ist, gibt es nicht selten Konflikte mit Anwohnerinnen und Anwohnern. Umso wichtiger sei daher der Erhalt beispielsweise des Bolzplatzes an der Karlstraße. Verbunden damit war auch das Plädoyer eines Bürgers für mehr Toleranz gegenüber dem Lärm spielender Kinder und Jugendlicher („Die zahlen später Eure Rente!“) und gegen weitere Nachverdichtung.

Oberbürgermeister Martin Horn verwies darauf, dass gesamtstädtisch gerade sehr viel für diese Zielgruppe laufe, beispielsweise mit dem Skatepark im Dietenbach, dem Pumptrack in Zähringen oder dem rundum sanierten Spielplatz im Stadtgarten, „aber eben nicht in Herdern“. Der Bedarf sei aber bekannt: „Natürlich brauchen wir Räume für Jugendliche.“ Beim Thema Nachverdichtung kam auch das große Behördenareal zur Sprache. „Das Gebiet schreit nach einer Entwicklung“, brachte es ein Bürger auf den Punkt. Aktuell sei hier ein städtebaulicher Ideenwettbewerb geplant, ergänzte OB Horn. Das Verfahren liege aber bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der die Fläche gehört.

Ein Aufregerthema mit hohem Frustrationspotenzial ist auch in Herdern die Versorgung mit Postdienstleistungen. Nach der Schließung der Postfiliale gibt es jetzt zwar einen Paketshop, der den Bedarf aber noch nicht befriedigen kann. Martin Horn berichtete von Gesprächen mit der Post, machte aber wenig Hoffnung auf Besserung: „Wir haben nur minimalen Einfluss. Das ist extrem mühsam.“

Kein „OB vor Ort“ ohne Verkehrsthemen – dieses ungeschriebene Gesetz wurde auch im altherwürdigen FriedrichGymnasium beachtet. Neben dem „katastrophalen“ Zustand der Nebenstraßen, den eine Bürgerin beklagte, und dem Verlauf des geplanten Radschnellwegs RS 6, für den aktuell mehrere Varianten geprüft werden, wurde vor allem der zunehmende Schleichverkehr thematisiert. Ob eine Fahrradstraße in der Mozartstraße eine Lösung sein könnte, fragte ein Bürger. Aktuell gebe es dazu keine Planungen, entgegnete der OB. Von anderer Seite wurde aber auch angemahnt, dass die Innenstadt erreichbar bleiben müsse und es eben auch Platz für Autos brauche. Für Martin Horn war das eine Steilvorlage: „Es gibt viele Interessenkonflikte. Die müssen wir aushalten.“ Das war Appell und Fazit gleichermaßen – aber noch nicht ganz das Ende des kurzweiligen Abends. Der Oberbürgermeister dankte für die überwältigende Spenden- und Hilfsbereitschaft der Freiburger Bürgerschaft für die Menschen in der Ukraine – und rief dazu auf, darin nicht nachzulassen: „Wir dürfen nicht abstumpfen.“

Nächste Runde in Hochdorf

Die nächste Station der Stadtteilgesprächsrunde „OB vor Ort“ ist Hochdorf: Am Mittwoch, den 27. Juli, kommt Martin Horn um 20 Uhr in die Mooswaldhalle.

„Gründlichkeit vor Schnelligkeit“

Die neuen Bodenrichtwerte liegen vor und sind online einsehbar – Bis Oktober liefert der Ausschuss fehlende Werte nach

Der Gutachterausschuss hat die Bodenrichtwerte zum Stichtag 1. Januar 2022 beschlossen. Sie zeigen an, was Grundstücke in der Stadt wert sind, und sind ab diesem Jahr wichtig für die Berechnung der Grundsteuer.

Bodenrichtwerte – klingt sperrig, ist aber für alle, die ein Grundstück besitzen, wichtiger denn je. Denn wie viel Grundsteuer bezahlt werden muss, hängt vom Wert des Grundstücks ab, und dafür werden künftig die Bodenrichtwerte herangezogen. Es gilt: Der Grundsteuerwert ergibt sich durch Multiplikation der Grundstücksfläche mit dem Bodenrichtwert.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2018 die bisherige Grundstücksbewertung für die Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Deshalb gilt nun die neue Regelung.

Fehlende Daten

Nun liegen die Bodenrichtwerte für Freiburg vor, jedoch nicht alle. Personalmangel und zu wenig Daten verzögern den Ablauf. Auch für die Innenstadt konnte der Gutachterausschuss noch keine Bodenrichtwerte beschließen. Wo keine oder kaum Grundstücke verkauft werden, da gibt es keine statistisch belastbaren Verkaufsdaten, aus denen ein Bodenrichtwert berechnet werden könnte. „Hier brauchen wir deshalb eine andere Herangehensweise“, so Hugo Sprenker, Vorsitzender des Gutachterausschusses. Geplant ist nun, den Bodenwert aus dem Verkaufspreis abzuleiten und dafür ein Wertverhältnis von Gebäude zu Grundstück zu definieren.

Bürgermeister Stefan Breiter betont: „Hier gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit.“ Besonders wegen der Grundsteuerreform müssen die Daten exakt und belastbar sein. Bis Oktober werden Daten zu Geschäftslagen in der Innenstadt, Flächen im Außenbereich, Sonderbauflächen, Bauerwartungs- und Rohbauland nachgeliefert.

Preise steigen

Insgesamt ergab die Auswertung der Grundstücksverkäufe im Stadtgebiet vor allem im Segment Wohnen moderat gestiegene Preise. Konstant blieben die Werte bei landwirtschaftlichen Flächen.

Auf Basis der notariell beglaubigten Kaufverträge hat der Gutachterausschuss bei einem sehr knappen Angebot an Ein- und Zweifamilienhaus-Grundstücken eine Wertsteigerung von bis zu fünf Prozent innerhalb eines Jahres ermittelt. Im Geschosswohnungsbau (ohne Altstadt) sind die Grundstücke ebenfalls bis zu fünf Prozent mehr wert.

Kaum Verkäufe

Nach wie vor werden selten Grundstücke verkauft – Tendenz weiter sinkend. Die mittleren und einfachen Wohnlagen in der Stadt und die Außengemarkungen sind 2021 mangels Alternativen weiter in den Fokus gerückt.

Die Quadratmeterpreise für Ein- und Zweifamilienhaus-Grundstücke liegen in der Kernstadt ohne Altstadt, in Kappel, Ebnet und Lehen zwischen 700 und 1500 Euro, in den Tuniberggemeinden und Hochdorf bei 400 bis 720 Euro.

Für den Geschosswohnungsbau ergaben sich Bodenwerte pro Quadratmeter für Freiburg (ohne Altstadt), Kappel, Ebnet und Lehen zwischen 640 und 3300 Euro. Werte über 2000 Euro finden sich im Stadtteil Brühl und in besonders dicht bebauten Lagen, die an die Altstadt grenzen.

Gewerbliche Flächen

Im Gegensatz zu Grundstücken für eine Wohnbebauung sind die Bodenrichtwerte für unbebaute gewerbliche Flächen nur leicht um zehn Euro pro Quadratmeter gestiegen. Der Quadratmeterwert beläuft sich hier auf 150 bis 510 Euro. Die Spitzenwerte finden sich rund um den ehemaligen Güterbahnhof Nord.

Bei Flächen der Land- und Forstwirtschaft liegt der Bodenrichtwert für Ackerland bei 3,50 Euro, für Gartenland bei 6 Euro in den Tuniberggemeinden und in Hochdorf beziehungsweise 16,50 Euro auf der Gemarkung Freiburg, für Rebland bei 6 Euro und für Wald bei 2,50 Euro je Quadratmeter inklusive Aufwuchs.

Was ist mein Boden wert?

Zur Berechnung der neuen Grundsteuer müssen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer ab Juli 2022 Informationen zu ihren Grundstücken an das Finanzamt melden. Hierzu stellt das Land die Bodenrichtwerte und Flächen zum Grundstück im Internet unter gutachterausschuesse-bw.de bereit. Wer Angaben für das Finanzamt macht, sollte die Werte hier entnehmen.

Die Bodenrichtwerte sind im Netz unter geoportal.freiburg.de einsehbar. Bei Fragen hilft die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses: Tel. 0761 / 201-4234

Stichwort

Der Bodenrichtwert gibt an, wieviel Grundstücke ähnlicher Nutzung und Lage durchschnittlich wert sind. Ein Gutachterausschuss muss diese Werte alle zwei Jahre ermitteln.

In bebauten Gebieten zählt der Wert, der sich ergeben würde, wenn der Boden nicht bebaut wäre. In die Bewertung fließen eine Kaufpreis-Sammlung und Daten wie Bauleitpläne und Mietstatistiken ein. Der Ausschuss berücksichtigt, ob es sich um baureifes Land, Bauerwartungsland oder um Flächen der Land- und Forstwirtschaft handelt und wieviele Geschosse auf dem Boden errichtet werden dürfen. Die Werte helfen dabei, Immobilienwerte festzustellen, und sind für steuerliche Bewertungen relevant.

Unterstützung für Traditionsfeste

Kostenlose Infrastruktur soll helfen

Viele langjährige Traditionsveranstaltungen und Feste werden von dem ehrenamtlichen Engagement vieler Freiburgerinnen und Freiburger getragen. Die Stadtverwaltung unterstützt die Organisation dieser Feste mit Blaupausen und kostenfreier Sicherheitsinfrastruktur.

Seit 2019 schaffen Blaupausen, die gemeinsam mit der Polizei entwickelt wurden, Planungssicherheit für die Veranstalterinnen und Veranstalter. Wer sich an ihnen orientiert, kann die erforderlichen Auflagen und Maßnahmen für die Sicherheit der Festbesucher angemessen, zielgerichtet und für mehrere Jahre verlässlich planen. Nach einer Analyse der potenziellen Gefahren bildet eine Risikobewertung die Grundlage für die Blaupausen. Dabei spielt beispielsweise eine Rolle, wie viele Festbesucherinnen und -besucher erwartet werden, wo die Veranstaltung stattfindet und wie sie organisiert wird. Ein solches Sicherheitskonzept hat die Verwaltung für alle Vereine erstellt und entsprechende Sicherheitsinfrastruktur wie 15 Funkgeräte und vier Megafone beschafft. Diese stellt die Verwaltung den Vereinen für ihre Veranstaltungen dann kostenfrei zur Verfügung.

Die Stadtverwaltung versteht sich als Partnerin für die ehrenamtlichen Veranstalterinnen und Veranstalter und möchte diese ausdrücklich weiter unterstützen. Dafür hat sie diese nun zum Dialog eingeladen. Zusätzlich wird die Verwaltung einen Antrag aus dem Gemeinderat aufgreifen und einen Vorschlag für eine finanzielle Unterstützung erarbeiten. Im Herbst wird dann der Gemeinderat darüber entscheiden.

„Die ideale Schule hat Wohlfühlcharakter“

Die neue Schulamtsleiterin Silke Donnermeyer im Gespräch über den Neuanfang in schwierigen Zeiten, Schulrochaden und den Herbst

Seit Anfang des Jahres leitet Silke Donnermeyer das städtische Amt für Schule und Bildung und ist damit zuständig für die 66 öffentlichen Schulen in Freiburg und für rund 500 Mitarbeitende. Auf ihrer To-do-Liste stehen wichtige Themen: etwa die neuen Schulen in Dietenbach und am Tuniberg oder die Zukunft der beruflichen Schulen. Wie sie das angeht, hat Donnermeyer im Interview mit der Amtsblatt-Redaktion erzählt.

Amtsblatt: Frau Donnermeyer, Ihr erstes Schulhalbjahr geht zu Ende. Freuen Sie sich auf die Sommerferien?

Silke Donnermeyer: Ja! Die Sommerpause ist sowohl in der Schule als auch hier im Amt eine Zäsur. Da kommt einiges zur Ruhe: Der Gemeinderat hat Pause, es gibt nicht so viele Außentermine, man kann Dinge abarbeiten und Gespräche in Ruhe führen. Und es ist natürlich auch eine Zeit, in der ich Urlaub habe und auf die ich mich freue – ähnlich wie die Weihnachtszeit, wo die Welt ein bisschen zum Stillstand kommt.

Sie sind zuständig für 66 Schulen. Haben Sie sie schon alle besucht?

Nein. Zwar kenne ich viele Schulen, da ich ja schon lange in der Freiburger Schulszene tätig bin. Aber in meiner neuen Funktion möchte ich unbedingt alle besuchen – das wird allerdings eine Weile dauern. Denn es stehen ja auch sonst viele Antrittsbesuche an: innerhalb der Stadt und bei den freien Trägern und anderen Institutionen, mit denen wir zusammenarbeiten.

Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf? Was liegt auf Ihrem Schreibtisch ganz oben?

Ein wichtiger Punkt ist der schlechte bauliche Zustand der beruflichen Schulen. Eine der Lösungen könnte ja der Gesundheitscampus sein, in dem Stadt und Uniklinik ihre Ausbildung bündeln wollen. Dafür haben wir bislang allerdings keine zeitliche Perspektive, schließlich sind wir da ja nicht die einzigen Player – auch Universität, Uniklinik und Land sind beteiligt, und wir sind auf deren Zutun angewiesen. Bis da eine Entscheidung fällt, kann es noch lange dauern. Aus meiner Sicht brauchen die beruflichen Schulen aber dringend eine Perspektive. Deshalb müssen wir zusammen mit dem Gebäudemanagement schauen, ob und unter welchen Bedingungen wir die Schulgebäude am Friedrichring und in der Bissierstraße sanieren können. Diese Prüfung ist im Doppelhaushalt 2023/24 eingestellt.

Und wie steht es um die Gymnasien? Auch da ist ja einiges im Fluss, Stichwort Rochade im Freiburger Osten.

Ja, aktuell prüfen wir, ob das Deutsch-Französische Gymnasium in das leer stehende Lycée Turenne umziehen könnte und dafür die Außenstelle des Walter-Eucken-Gymnasiums und ein Teil des Berthold-Gymnasiums in den Räumen des DFG unterkommen. So würde ein Erweiterungsneubau für das BG überflüssig. Der Bedarf an Gymnasialplätzen insgesamt hängt aber wiederum auch mit der geplanten weiterführenden Schule am Tuniberg zusammen, auch da brauchen wir bald eine Entscheidung. Davon abgesehen haben wir nicht nur einen Mangel an Gymnasialplätzen, auch die Sekundarschulen sind voll. Wenn wir eine weitere Schule in die Inklusion miteinbeziehen möchten, geht es ganz oft erst mal darum, einen Raum zu finden, in dem die Kinder gefördert werden können.

Sie sind seit Januar Leiterin des Schulamts. Wie sehr hat Corona noch Ihren Start bestimmt?

Als ich kam, war vieles schon eingespielt. Die Phase, in der ständig neue Verordnungen kamen und wir reagieren mussten, war vorbei, und ich hatte den Eindruck, hier wissen alle, was sie tun, da gibt es eine gewisse Routine. Von daher war es für mich nicht so stressig wie für meinen Vorgänger Hermann Maier. Aber ich habe hier kaum Menschen angetroffen, und wenn, dann nur mit Maske. Viele waren im Homeoffice, und so habe ich die Kennenlerngespräche online geführt. Nach wie vor spüre ich im Amt eine große Erschöpfung. Die Menschen hier haben oft unter hohem Druck gearbeitet und sich sehr engagiert, mit super Ergebnissen. Durch den Krieg in der Ukraine kam dann ganz schnell ein neues Thema, das uns als Amt betrifft, etwa bei der Einrichtung von Vorbereitungsklassen oder bei der Schulkindbetreuung.

Und wie blicken Sie auf den Herbst?

Ich glaube, wir sind gut vorbereitet. Falls die Coronapandemie es erneut erfordert, können wir das Poolie-Testverfahren in den Klassen schnell und leicht wieder hochfahren. Für die Schulen wird das mit Sicherheit wieder anstrengend, aber von städtischer Seite her denke ich: Das Team ist eingespielt, und wir können die Unterstützung für die Schulen schnell wieder professionell anbieten. Da sind Strukturen gebildet worden, die tragen, und die werden auch im Herbst tragen.

Sie sind ausgebildete Lehrerin und waren am Droste-Hülshoff-Gymnasium tätig. Fehlt Ihnen der Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern?

Natürlich fehlen mir die Kinder auch. Ich war ja lange in der Aus- und Fortbildung tätig, war aber währenddessen mit einem kleineren Deputat weiterhin Lehrerin am Droste – also immer auch noch im Unterricht, bis vor drei Jahren. Aber dafür freue ich mich, auf anderer Ebene für die Kinder zu wirken.

Im Gemeinderat wird gerade immer wieder über neue Schulen in Dietenbach und am Tuniberg diskutiert – oft hitzig und ideologisch geprägt, gerade was die Frage Gemeinschaftsschule oder Gymnasium betrifft. Können Sie das nachvollziehen? Letztendlich wissen wir, dass es nicht die Schulform ist, die guten Unterricht ausmacht, sondern es sind die Lehrkräfte und die Art und Weise, wie sie den Unterricht gestalten. Das Gymnasium wird in Baden-Württemberg hoch geschätzt – aber ich

denke, eine Gemeinschaftsschule kann nicht nur für mehr Bildungsgerechtigkeit und -aufstieg sorgen, sondern sie hat auch pädagogisch andere Möglichkeiten. Es gibt beispielsweise einen hohen Anteil an selbstgesteuertem Lernen. Und das macht Menschen, die das selbst nicht kennen und auf eine andere Schule gegangen sind, vielleicht erst mal ein bisschen unsicher. Außerdem haben wir in Freiburg wenig Gemeinschaftsschulen und daher wenig Erfahrung damit.

Welche Position hat die Stadt in Bezug auf die Tunibergschule?

Das Schuldezernat und wir schlagen eine Gemeinschaftsschule am Tuniberg vor. Hierfür gibt es viele Gründe. Beispielhaft möchte ich zwei nennen: Zum einen hatten wir eine Online-Befragung am Tuniberg, bei der sich eine Mehrheit für eine Gemeinschaftsschule ausgesprochen hat. Damit würde auch für alle Kinder das Pendeln entfallen. Außerdem haben wir in der Raumschaft viele Ortschaften, die Interesse daran hätten, eine gemeinsame gymnasiale Oberstufe zu bilden, etwa in Breisach, Ihringen oder Ehrenkirchen. Somit wäre rein rechnerisch die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass wir am Tuniberg eine gymnasiale Oberstufe realisieren könnten.

Fernab jeder Ideologie: Wie sieht denn für Sie die ideale Schule aus?

Die ideale Schule ist eine, in der die Menschen, die dort tätig sind, gerne arbeiten und motiviert sind. Wir brauchen flexible Räumlichkeiten und eine gute Ausstattung an digitalen Medien. Wir brauchen Barrierefreiheit für die Inklusion. An allen Schulen halten sich Kinder mittlerweile nicht nur vormittags auf. Das heißt wir brauchen Gebäude, die einen Wohlfühlcharakter haben, sodass Kinder und Jugendliche gerne dort sind. Wo sie sich auch mal zurückziehen und Gespräche führen können. Wir brauchen leckeres und gesundes Essen. Von den Gebäuden mal abgesehen, brauchen wir Lehrkräfte, die sich für Kinder und Jugendliche interessieren, und auch für Lernprozesse. Die gerne unterrichten und die über Unterricht nachdenken. Auch Struktur- und Methodendiskussionen sind wichtig, aber der Unterricht selbst und die Qualität müssen im Mittelpunkt stehen.

Hintergrund

Silke Donnermeyer wurde 1970 in Osnabrück geboren und studierte Biologie, Geografie, Erziehungswissenschaft und Englisch an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Sie war 18 Jahre lang Lehrerin am Droste-Hülshoff-Gymnasium und übernahm 2004 außerdem einen Lehrauftrag am Seminar für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte. 2011 wurde sie dort Bereichsleiterin für das Fach Pädagogik/Pädagogische Psychologie. Von 2019 bis Ende 2021 leitete sie die Freiburger ZSL-Regionalstelle.

Die Stadt ist Schulträgerin der 66 öffentlichen Schulen in Freiburg: von 30 Grundschulen, zwei Werkrealschulen, sechs Realschulen, einer Gemeinschaftsschule, neun Gymnasien, einer Gesamtschule, acht Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, acht beruflichen Schulen und vom deutsch-französischen Internat. Hinzu kommen zwei Schulkindergärten, das Planetarium und das Freiburger Bildungsmanagement. Im Amt für Schule und Bildung in der Berliner Allee arbeiten knapp 100 Personen. Außerdem gehören rund 100 Verwaltungskräfte in den Schulsekretariaten und weitere 300 Mitarbeitende in der städtischen Schulkindbetreuung dazu.

Kleineschholz wieder einen Schritt weiter

Gemeinderat beschließt Offenlage des Bebauungsplanentwurfs – OB Horn: „100-prozentige Fokussierung auf Gemeinwohlorientierung“

Mit seinem Beschluss hat der Gemeinderat das Bebauungsplanverfahren einen großen Schritt vorangebracht. Das Ziel eines zukunftsfähigen urbanen Stadtquartiers rückt damit immer näher.

Nach dem städtebaulichen Wettbewerb im Jahr 2019 und der danach erfolgten Weiterentwicklung liegt nun der Entwurf eines Bebauungsplans vor. Er liefert die Grundlage für einen Mix aus vier- bis achtgeschossigen Gebäuden. Im Quartier Kleineschholz sollen rund 500 Wohneinheiten in unterschiedlichen Größen und Ausstattungen entstehen.

Das urbane Quartier ermöglicht vielfältige, flexible Wohnkonzepte, Wohnformen und Nutzungen. Dabei hat der künftige Quartiersplatz durch seine Lage und die möglichen Nutzungen im Erdgeschoss, wie beispielsweise Cafés, Geschäfte und ein Supermarkt, ein hohes Identifikationspotenzial für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner.

Oberbürgermeister Martin Horn: „Ich freue mich, dass die Realisierung des Quartiers Kleineschholz immer näher rückt. Das Quartier soll durch eine ambitionierte Gemeinwohlfokussierung bezahlbaren Wohnraum schaffen und engagierte soziale, architektonische sowie ökologische Projekte fördern. Mit der 100-prozentigen Fokussierung auf gemeinwohlorientierte Akteure bestreiten wir einen besonderen Weg, das war mir ein persönliches Anliegen.“

Neben dem Wohnquartier ist die Erweiterung des Eschholzparks ein wichtiger Baustein der städtebaulichen Planung. Hier sollen eine Parkwiese, Spielflächen und ein Kiosk entstehen, außerdem gibt es Platz für urbanes Gärtnern. Baubürgermeister Martin Haag erläutert die Bedeutung: „Die Erweiterung des Kleineschholzparks ist ein großer Gewinn für das entstehende Quartier und den Stadtteil Stühlinger. Die Kombination von einer dichten, flächensparenden Bebauung einerseits und des angrenzenden neuen Parks andererseits ist eine besondere Qualität der städtebaulichen Planung und des Bebauungsplans.“ Die Lage mit der Nähe zum Hauptbahnhof und zur Innenstadt sowie im Schnittpunkt mehrerer Straßenbahnlinien und Radwegeverbindungen ist zudem ideal für die Umsetzung eines innovativen, autoreduzierten Wohnquartiers.

Für die Bürgerinnen und Bürger, Behörden oder Verbände besteht nun die Möglichkeit, den Bebauungsplan einzusehen und Stellung zu nehmen. Die öffentliche Auslegung soll voraussichtlich am 8. August beginnen. Die Bekanntmachung hierzu wird wie üblich im Amtsblatt veröffentlicht.

Der Satzungsbeschluss ist für das erste Quartal 2023 vorgesehen, anschließend wird mit den Erschließungsarbeiten begonnen. Die Grundstücke sollen im ersten Halbjahr 2023 vermarktet werden.

Stichwort

Die Offenlage eines Bebauungsplanentwurfs ist gesetzlich vorgeschrieben. Auf diese Weise haben die Bürgerinnen und Bürger, Behörden, Verbände und sonstige Institutionen die Möglichkeit, innerhalb einer von der Stadt bekanntzumachenden Frist den Entwurf des Bebauungsplans einzusehen und eine Stellungnahme abzugeben. Die Stellungnahmen werden aufgearbeitet und dem Gemeinderat gemeinsam mit dem finalen Beschluss des Bebauungsplans, dem Satzungsbeschluss, vorgelegt. Tritt der Satzungsbeschluss in Kraft, besteht grundsätzlich Baurecht. Der nächste Schritt ist die Vermarktung der Grundstücke.

Gemeinderat in Kürze

Bewohnerparken stark rückläufig

Seit dem 1. April gelten die neuen Gebühren für das Bewohnerparken. Jetzt hat das Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement (ABI) die ersten drei Monate ausgewertet und die Zahlen im Mobilitätsausschuss vorgestellt. Das Ergebnis ist verblüffend: In den drei zurückliegenden Jahren wurden im Vergleichszeitraum von April bis Juni 3085 (2019), 3373 (2020) und 3411 (2021) Parkberechtigungen neu ausgestellt oder verlängert. 2022 waren es nur noch 1241, also über 2000 weniger. „Wir haben keine Ahnung, woran das liegt“, kommentierte Georg Herffs, Chef der Abteilung Verkehrsplanung im Garten- und Tiefbauamt, die überraschende Entwicklung. Einen Rückgang der Zulassungszahlen habe es jedenfalls nicht gegeben, ebenso wenig sei bislang ein Ausweichen auf andere Quartiere feststellbar. Auch ein Umgehen der höheren Gebühren durch Vorziehen der Verlängerung auf März spiele keine Rolle, teilte ABI-Chefin Christina Schoch im Nachgang mit. Insgesamt, so Baubürgermeister Martin Haag, sei es für ein Fazit aber noch zu früh. Endgültig beurteilen lasse sich die Entwicklung erst nach Ablauf eines Jahres.

(Mobilitätsausschuss, 6. Juli)

VAG setzt auf E-Busse

Der Gemeinderat hat die Weichen für die Umstellung der VAG-Busflotte auf Elektroantrieb gestellt. Mit dem Grundsatzbeschluss ist eine Finanzierungszusage der Stadt verbunden, die erforderlich ist, um Förderanträge bei Bund und Land zu stellen. Bis 2030 sollen alle VAG-Busse elektrisch durch die Straßen summen; das wird voraussichtlich knapp 40 Millionen Euro kosten. 15,5 Millionen trägt die VAG als Eigenanteil – der Rest kommt aus Zuschüssen von Bund und Land sowie der Stadt. Sollte es wider Erwarten keine Fördermittel geben, müsste die Stadt den kompletten Anteil von rund 24,5 Millionen Euro selbst stemmen. Pro Jahr wären das etwa drei Millionen. Auf der Gewinnerseite steht auf jeden Fall das Klima: Durch die Umstellung der kompletten Busflotte auf Elektroantrieb werden pro Jahr 4360 Tonnen CO₂ gespart.

Wettbewerb für Dietenbach-Schule

Der Gemeinderat hat den Auslobungstext für den Realisierungswettbewerb zum Schulcampus im geplanten Stadtteil Dietenbach beschlossen. Vorgesehen ist ein Campus für rund 1700 Schülerinnen und Schüler mit einem Sport- und Bewegungspark, der auf die Bedürfnisse der Schulen, des Vereinssports und der Menschen in Dietenbach und im benachbarten Stadtteil Rieselfeld zugeschnitten ist. Die Schule soll als klimaneutraler Neubau in Holz- oder Holzhybridbauweise errichtet werden. Ausloberin des Wettbewerbs ist die Stadt, als Preissumme stehen gut 300 000 Euro zur Verfügung.

Soziale Erhaltung für Haslach

Der Gemeinderat hat den Beschluss für eine Soziale Erhaltungssatzung im Stadtteil Haslach gefasst, und zwar für den Bereich östlich der Güterbahnlinie. Im Sommer 2020 wurde bereits eine Soziale Erhaltungssatzung für die Uferstraße/Haslacher Straße erlassen. Damit soll verhindert werden, dass Menschen aufgrund steigender Mieten keine Wohnung mehr in ihrem Quartier finden und wegziehen müssen. Die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung soll damit erhalten werden.

Sanierung der Sulzburger Straße

Neue Fenster, Wärmedämmung, Brand- und Schallschutz sowie barrierefreier Zugang zu allen Wohnungen: Das achtgeschossige Gebäude Sulzburger Straße 15–19 mit 120 Mietwohnungen wird von der Eigentümerin, der Freiburger Stadtbau, umfassend energetisch saniert.

Die Baukosten und die Kosten für das Umzugsmanagement können aus Mitteln der Städtebauförderung anteilig erstattet werden. Am vergangenen Dienstag hat der Gemeinderat der Förderung zugestimmt. Diese wird zu 60 Prozent von Bund und Land mit Finanzhilfen aus dem Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt getragen. Die 40 übrigen Prozent kommen aus dem städtischen Haushalt. Für die Umzugskosten beträgt der Anteil der Stadt rund 160 000 Euro. Bei den Baukosten steuert die Stadt 2 730 000 Euro bei. Die nicht förderfähigen Kosten verbleiben bei der FSB.

Vorkaufssatzung im Mooswald

Um die städtebauliche Entwicklung im Gewerbegebiet Mooswald zwischen Elsässer und Ensisheimer Straße zu sichern, hat der Gemeinderat eine Vorkaufssatzung für die Grundstücke in den Randbereichen erlassen. Konkret geht es darum, die Umwandlung in ein Mischgebiet zu ermöglichen. Die Satzung kann nur dann zur Anwendung kommen, wenn ein Grundstück innerhalb des Satzungsgebiets verkauft wird – eine Enteignung oder ein anderweitiger städtischer Zugriff ist auf dieser Basis nicht möglich.

Ludemann bleibt im Amt

Am vergangenen Dienstag hat der Gemeinderat Thomas Ludemann für weitere fünf Jahre zum ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten für den Bezirk Freiburg Südost bestellt. In dieser Funktion berät er die untere Naturschutzbehörde bereits seit 1992 fachlich. Dabei geht es insbesondere darum, Vorhaben zu beurteilen, die mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden sind. Außerdem steht er der Behörde bei Fragen rund um den Artenschutz zur Verfügung.

Ludemann ist an der Fakultät für Biologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg in Lehre und Forschung tätig. Sein Interesse gilt insbesondere Waldökosystemen und der Dynamik des Landschaftnutzungs- und Kulturlandschaftswandels.
(Gemeinderat, 12. Juli)

Stadt legt fünften Bildungsbericht vor

Hohes Interesse an nachhaltiger Entwicklung

Der jüngst vorgelegte fünfte Bildungsbericht beschäftigt sich mit dem Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung. Er zeigt, wo die Stadt ansetzen kann, um nachhaltiges Handeln stärker in der Bildung zu verankern. Freiburg hat, als eine der ersten Kommunen bundesweit, 2008 begonnen, die Bildungssituation in der Stadt systematisch zu erfassen und zu veröffentlichen.

Für den Bericht wurden im Auftrag der Stabsstelle Freiburger Bildungsmanagement von einem externen Wissenschaftsteam 1700 Bürgerinnen und Bürger befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass Wissen über nachhaltige Lebensweisen nicht von Schulen, Hochschulen oder durch berufliche Aus- und Weiterbildung vermittelt wird. Informationsquellen sind vielmehr das Internet oder die Printmedien.

Insbesondere die ältere Generation hat in der Schule wenig über nachhaltige Entwicklung gelernt, bei den Jüngeren ändert sich das zunehmend. Aus diesem Grund fordern die befragten Bürgerinnen und Bürger, dass rund ein Viertel der Lernzeit in den Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen dem Thema Nachhaltigkeit gewidmet sein sollte. Ein Auftrag, den Bildungsbürgermeisterin Christine Buchheit gerne annimmt: „Nachdem wir im Mai den ‚Nationalen Preis – Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ durch die Deutsche Unesco-Kommission verliehen bekommen haben, ist der fünfte Bildungsbericht ein weiterer Meilenstein in unserem Bestreben, nachhaltiges Handeln in unserer Stadtgesellschaft dauerhaft zu verankern. Bildung ist der Schlüssel, der alle Menschen befähigen kann, zukunftsorientiert zu denken und zu handeln.“

Der Bericht veranschaulicht, dass Veranstaltungen zu nachhaltigen Lebensweisen dazu beitragen, Nachhaltigkeit im Alltag zu stärken. Im Fokus der Befragten standen Klimawandel, Artenvielfalt und -schutz, nachhaltiger Konsum, umweltfreundliche Mobilität und regenerative Energien. Den sozialen Aspekt der Nachhaltigkeit – wie Chancengleichheit oder gerechte Bezahlung – sahen die meisten Bürgerinnen und Bürger zwar, im eigenen Handeln aber hat er bisher eine untergeordnete Rolle gespielt.

Auch viele Jugendliche wünschen sich, Themen wie die Klimakrise in der frühen Bildung und der Schule zu adressieren, und fordern neue Lösungswege – etwa mehr Praktika zu Nachhaltigkeitsthemen. Nach ihrer Ansicht sollen Schulen häufiger und direkter mit klimaschutzbezogenen Projekten kooperieren und projektorientiertes Lernen im Unterricht stärken. Die Jugendlichen wollen stärker in die Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse ihrer Stadt einbezogen werden. Der fünfte Bildungsbericht ist der erste themenorientierte Bericht und bundesweit der erste zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Der Bildungsbericht steht auf der städtischen Website zum Download bereit: www.freiburg.de/bildungsbericht

Direkt und sicher vom Umland in die City

Garten- und Tiefbauamt stellt im Mobilitätsausschuss Pläne für das zukünftige Radnetz vor

Schon seit Jahrzehnten genießt der Radverkehr in Freiburg hohe Priorität. Doch in Zeiten von Klimawandel und Verkehrswende hat der Ausbau der Radinfrastruktur eine noch größere Bedeutung – und nimmt dank der Zuschüsse von Bund und Land beträchtlich Fahrt auf. Im Mobilitätsausschuss informierte Verkehrsplaner Florian Schneider über das geplante Netz an Radschnellwegen.

Beim Begriff Radschnellwege muss man zunächst ein Missverständnis ausräumen: Keineswegs handelt es sich dabei um autobahnähnliche Trassen, auf denen adrenalinedopte Kampfradler ohne Rücksicht auf Verluste ihr Ziel anstreben. Vielmehr geht es darum, den Radlerinnen und Radlern möglichst sichere, direkte und attraktive Wege zur Verfügung zu stellen, auf denen sie weitere Strecken aus dem Umland bequem und zügig absolvieren können.

Aus jeder Himmelsrichtung

Um das zu ermöglichen, sind in Freiburg vier Radschnellwege geplant: Nord (aus Waldkirch und Emmendingen), West (Breisach), Süd (Müllheim) und Ost (Kirchzarten). Am weitesten fortgeschritten sind die Planungen „RS 6“ im Norden; dort ist geklärt, wer welchen Abschnitt plant und baut. Und auch die Vorplanung für den Routenverlauf ist weit fortgeschritten und wird dem Gemeinderat in der zweiten Jahreshälfte zur Entscheidung vorgelegt.

Alle Routen sind förderfähig

Bei den anderen drei Routen sind ebenfalls entscheidende Weichen gestellt. Machbarkeitsstudien des Regionalverbands Südlicher Oberrhein zeigen ein klares Ergebnis: Alle Routen sind realisierbar und verfügen über das notwendige Potenzial von mindestens 2000 Fahrten am Tag. Damit sind sie grundsätzlich förderfähig, was bedeutet, dass bis zu 90 Prozent der Planungs- und Baukosten von Bund und Land finanziert werden, erklärte Florian Schneider.

Nutzen höher als die Kosten

Bei den Machbarkeitsstudien wird immer auch das Nutzen-Kosten-Verhältnis ermittelt – nicht nach Gutdünken oder mit ideologischer Brille, sondern nach einem standardisierten Bewertungsverfahren, wie es auch bei Schienen- oder Straßenprojekten üblich ist, teilte Bürgermeister Martin Haag auf Nachfrage mit. Ab einem Wert von 1,0 ist ein Vorhaben volkswirtschaftlich sinnvoll, weil der Nutzen für Verkehrserschließung, Umwelt, Klima und Gesundheit die Kosten für den Bau und die Eingriffe in die Landschaft überwiegt.

Ost-Route besonders gut

Mit 5,78 besonders spektakulär gut ist dieses Verhältnis bei der aus Kirchzarten geplanten Ost-Route. Die Erklärung: Weil mit der alten B 31 und der Kartäuserstraße auf weiten Teilen bestehende Trassen genutzt werden können, ist der Bauaufwand relativ gering – und eine große Sorge unbegründet: Weiterhin wird auch Autoverkehr auf der Kartäuserstraße zulässig sein, möglicherweise aber nicht mehr durchgängig von Ost nach West, sondern mit abschnittswisen Einbahnregelungen.

Ziel ist „ambitioniert“

Aus den vier Radschnellwegen will das Garten- und Tiefbauamt gemeinsam mit den drei bestehenden städtischen Radvorrangrouten sowie weiteren fünf geplanten ein dicht geknüpftes „Radnetz Plus“ bilden. „Das ist ambitioniert“, gibt Florian Schneider zu. Gleichzeitig ist es aber auch notwendig, um die Ziele des Klimamobilitätsplans bis 2030 zu erreichen. Dort wird eine pauschale Umsetzungsquote hinterlegt; um die zu erreichen, müssen im Haushalt entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Im Mobilitätsausschuss schien es, als gebe es dafür durchaus die erforderlichen Mehrheiten.

Menschen in Arbeit und Ausbildung vermitteln

Europäischer Sozialfonds unterstützt innovative Projekte

Wie können Menschen in Ausbildung oder Beschäftigung gebracht werden, die es schwer am Arbeitsmarkt haben? Und wie lassen sich Schulabbrüche verhindern? Wer Projektideen hat, kann bis 15. September beim Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) Zuschüsse für 2023 beantragen.

Knapp 267 000 Euro stehen fürs kommende Jahr zur Verfügung. Damit will der ESF Plus – das wichtigste Instrument der Europäischen Union zur Beschäftigungsförderung – zum einen Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen, Wohnungslose, Alleinerziehende ohne Ausbildung, arbeitslose Migrantinnen und Migranten sowie arbeitslose Menschen mit besonderen Benachteiligungen dabei unterstützen, einen besseren Zugang zu Beschäftigung zu bekommen. Erwünscht sind Projekte, die nicht nur die Jobvermittlung, sondern auch die soziale Integration und die digitale Teilhabe in den Blick nehmen.

Zum Zweiten will der Sozialfonds Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf sowie Mädchen und junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Ausbildung vermitteln. Besonders berücksichtigt werden niedrigschwellige außerschulische Angebote für Schülerinnen und Schüler, die als „nicht praktikumsreif“ gelten, und Projekte, die auf junge Menschen mit psychischen Belastungen oder mit Behinderung abzielen. Weil sich die Coronapandemie auch auf den Ausbildungsmarkt auswirkt, sollen alle Projekte Elemente der beruflichen Orientierung verankern und mit Betrieben in Kontakt treten.

Gefördert werden Projekte mit ein- oder zweijähriger Laufzeit. Die Projekte müssen chancengleich und geschlechtergerecht ausgestaltet sein sowie die EU-Charta der Grundrechte einhalten. Außerdem muss die Kofinanzierung gesichert sein.

Anträge können bis zum 15. September an die L-Bank Baden-Württemberg (Bereich Finanzhilfen, Schlossplatz 10, 76113 Karlsruhe) gestellt werden. Parallel muss eine Kopie per E-Mail bei der ESF-Geschäftsstelle eingereicht werden: Peter.Sand@stadt.freiburg.de oder Frederike.Paehler@stadt.freiburg.de.

Förderschwerpunkte und Infos: www.freiburg.de/esf

Beratung in der ESF-Geschäftsstelle, Tel. (0761) 201-38 75 oder -38 76 und unter www.esf-bw.de

Bunt, inklusiv und frisch saniert

Sandkuchenbacken, Klettern und Balancieren – all das ist am frisch sanierten Spielplatz an der Kandelstraße jetzt wieder möglich. Neu hinzu kamen unter anderem die Sandspielwand „Raupe“, ein rollstuhlgerechter Sandbacktisch, eine Kletterkombination mit Podesten, eine Anbaurutsche, Balancier- und Kletterangebote sowie – auf Wunsch der Anwohnerinnen und Anwohner – eine Tischtennisplatte. Im Winter sollen außerdem noch vier neue Bäume gepflanzt werden. Für die Umgestaltung des in den 1980er-Jahren erbauten Spielplatzes investierte das Garten- und Tiefbauamt rund 135 000 Euro, davon spendete die Volker-Homann-Stiftung 35 000 Euro.

Studienberatung der Fernuni

Der Wegweiser Bildung und die Fernuniversität in Hagen laden alle Interessierten zu einer offenen Studienberatung ohne Anmeldung am Samstag, 23. Juli, in den Wegweiser Bildung ein.

Egal, ob neben dem Beruf, direkt nach dem Abitur oder parallel zur Kindererziehung – ein Fernstudium passt zu vielen Lebenssituationen. Ein Studium ist mit Abitur und auch für beruflich Qualifizierte ohne Abitur möglich. Die staatliche Fernuniversität in Hagen bietet Bachelor- und Master-Studiengänge in Psychologie, Wirtschaft, Recht, Mathematik, Informatik sowie Kultur- und Sozialwissenschaften an. Es können auch allgemeine Fragen rund um das Thema Fernstudium geklärt werden.

Termin: Sa, 23.7., 10.30–12.30 Uhr, Wegweiser Bildung, Münsterplatz 17 (Eingang Stadtbibliothek), Infos unter www.wegweiser-bildung.de

Infotermine für Tageseltern

Die Kindertagespflege bietet viele Vorteile: Kinder erhalten eine qualifizierte Betreuung in kleinen Gruppen, Eltern können flexibel auf die Anforderungen von Privat- und Berufsleben reagieren. Und für Tagesmütter und Tagesväter ist die Kindertagespflege eine attraktive berufliche Perspektive.

Über alles, was man rund um das Berufsbild wissen muss, informiert im Auftrag der Stadt die Fachberatung Kindertagespflege des Tagesmüttervereins Freiburg am Montag, 25. Juli, abends sowie am Donnerstag, 11. August, vormittags. Die Termine bieten die Gelegenheit, mehr über die Tätigkeit, die Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen zu erfahren. Die Veranstaltung am 25. Juli findet in Präsenz statt, der Termin am 11. August online. Eine Anmeldung ist in beiden Fällen notwendig, dabei erhält man die genaue Uhrzeit, den Ort sowie die Anmeldeinformationen für den Onlinetermin.

Weitere Informationen:

- zu Qualifizierungskursen unter www.bit.ly/TMV-Quali
- zur Kindertagespflege unter www.kinder-freiburg.de oder beim Tagesmütterverein unter Tel. 0761 283535

Automatische Pförtnerampel

Seit Oktober vergangenen Jahres regelt eine halbautomatische Pförtnerampel den Verkehr vor dem Kappler Tunnel, um längere Staus im Schützenalleeetunnel zu verhindern. Das war nötig, weil die Tunnel nicht mehr den aktuellen Brandschutzanforderungen entsprechen. Seit dieser Woche installiert das Garten- und Tiefbauamt eine automatisierte Anlage. Dafür muss zweitweise ein Fahrstreifen gesperrt werden. Bis 29. Juli ist mit Behinderungen zu rechnen.

Teil der neuen Technik sind Sensoren im Tunnel und an der Ausfahrt, die stehende Fahrzeuge erfassen. Sobald ein Stau droht, reduzieren Anzeigetafeln die Geschwindigkeit und weisen auf die Blockabfertigung hin. Zwei Ampelanlagen stoppen den Verkehr dann für durchschnittlich eine Minute. Um den Ausweichverkehr durch Littenweiler und Waldsee zu verhindern, wird die Anlage vor die Abfahrt am Kappler Knoten versetzt.

Die Blockabfertigung muss in Betrieb bleiben, bis die Tunnel brandschutztechnisch auf den neuesten Stand gebracht sind. Das dafür zuständige Regierungspräsidium plant den Baubeginn im Jahr 2027.

Feuer jeder Art ist im Wald tabu

Seit dieser Woche gilt die höchste Waldbrand-Gefahrenstufe. Rauchen, offenes Feuer und Grillen im Wald ist deshalb bis auf Weiteres verboten – auch an den offiziellen Grillstellen. Waldbrandgefahr geht auch von achtlos weggeworfenen Zigarettenkippen aus. Alle Waldbesuchenden werden zudem gebeten, Zufahrtswege in die Wälder nicht mit Autos zu blockieren und nur ausgewiesenen Parkplätze zu nutzen. Fahrzeuge sollten nicht über laubbedeckten Flächen oder trockenem Gras parken, da heiße Katalysatoren die trockene Vegetation leicht entzünden können. Wer einen Waldbrand bemerkt, sollte sofort die Feuerwehr (Notruf 112) oder die Polizei (110) informieren.

Infos zum Waldbrandgefahrenindex online unter www.dwd.de/DE/leistungen/waldbrandgef/waldbrandgef

Was ist denn Geodäsie?

Faszination Erde – deine Zukunft: Unter diesem Motto zeigen Geodätinnen und Geodäten, also Vermessungsfachkräfte, bei einer landesweiten Aktionswoche, was ihr Beruf zu bieten hat.

In Freiburg lädt die Stadtverwaltung Schüler und Schülerinnen am Donnerstag, 21. Juli, von 9 bis 16 Uhr zum Aktionstag „GEOlympics“ rund um das Bürgerhaus am Seepark ein. An Stationen können Schülerinnen, Schüler oder Azubis in kleinen Teams messen, schätzen, rechnen und Aufgaben lösen. Dabei helfen ihnen historische und moderne Messmethoden. Geboten sind beispielsweise eine Geo-Schatzsuche mit dem Smartphone, das Schätzen und Nachmessen von Höhen und Strecken. Nebenbei gibt es Infos rund um den Beruf und die Ausbildung zur Vermessungsfachkraft.

Infos für Lehrkräfte gibt es bei Bianca Burgert, Vermessungsamt: Tel. 0761 201-4210; E-Mail: vermessungsamt@stadt.freiburg.de

Kurs halten und die Zukunft mitdenken

Stadtbibliothek legt Jahresbericht 2021 vor: Erfreuliche Entwicklung trotz schwieriger Rahmenbedingungen

Naturgemäß weniger Besucherinnen und Besucher, gesunkene Ausleihzahlen, aber viel Zuspruch für digitale Angebote – was sich schon im ersten Coronajahr 2020 abzeichnete, setzte sich im zweiten Pandemiejahr fort. Diese gemischte Bilanz des Jahres 2021 stellten Elisabeth Willnat, Direktorin der Stadtbibliothek, und Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach kürzlich gemeinsam vor.

„Wir können dieses Jahr nicht sagen: höher, schneller, besser“, fasste von Kirchbach die Lage zusammen. „Aber angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen beeindruckt mich, wie gut unsere Stadtbibliothek und ihr engagiertes Team das hinbekommen haben.“ Knapp 1 126 000 Ausleihen – verglichen mit etwas mehr als 1 475 000 im noch pandemiefreien Jahr 2019 – seien beachtlich, so sein Fazit. Denn auch 2021 konnte die Stadtbibliothek nicht durchgehend ihre Türen öffnen: Von Dezember 2020 an bis zum 9. März vergangenen Jahres waren sowohl die Hauptstelle als auch die Zweigstellen geschlossen, und bis zum 25. Mai waren die Öffnungszeiten wegen des Schichtdienstes verkürzt. Das spiegelt sich in den Besucherzahlen wider: Diese gingen von knapp 555 000 im Jahr 2019 auf rund 165 000 im vergangenen Jahr zurück.

Digitale Medien gefragt

„Wir haben immer sofort wieder geöffnet, wenn es möglich war, und das zu ganz unterschiedlichen Bedingungen“, betonte Elisabeth Willnat. Die Bibliotheksleiterin freut sich vor allem über die hohe Nutzung der digitalen Plattformen, die mit Beginn des ersten Lockdowns bereitgestellt wurden: So wurden das Filmportal Filmfreund, „Freegal Music“ für populäre Musik, Musikvideos und Hörbücher sowie die „Naxos Music Library“ für Klassik und Jazz zusammen mehr als 95 600-mal aufgerufen – 2020 waren es noch etwas mehr als 84 700.

Gesteigert hat sich auch die Onleihe, also die Ausleihe digitaler Medien wie E-Books oder E-Journals: Ihr Anteil am Gesamtbestand liegt inzwischen bei 8,3 Prozent; 2020 waren es noch 7,9 Prozent. Weitaus größer ist ihr Anteil an der Zahl der Ausleihen: Lag er 2019 bei 13 und 2020 bei 19,7 Prozent, waren es im vergangenen Jahr schon 26,6 Prozent.

Aarhus als Vorbild

„Wir halten Kurs in stürmischen Zeiten, aber wir denken immer auch die Zukunft mit“, fasste Willnat zusammen. Will heißen: Freiburgs Stadtbibliothek soll zu einem „Haus der digitalen Kultur“ werden – ähnlich wie im dänischen Aarhus. Dort hat sich die an der Hafenfront gelegene Bibliothek „Dokk1“ zu einem Kultur- und Veranstaltungsort entwickelt, der international für Aufsehen sorgt: mit Spielplätzen, Lounge-Areas für Teenager, einem Café und einem Saal für Konzerte, Theatervorstellungen oder Bürgerversammlungen. Zugänglich ist Dokk1 mit Bibliothekskarte an sieben Tagen die Woche von morgens früh bis abends spät. „In Aarhus verstehen die Bürger die Bibliothek als ihre Institution, wo sie auch ihre Veranstaltungen machen können“, erklärte Willnat das Konzept. „Man kann einfach dort sein, alleine oder auch zusammen mit anderen.“

„Das ist natürlich ein weiter Weg“, räumte von Kirchbach ein, aber im Rieselfeld werde demnächst ein Anfang gemacht. Dort soll, wenn samstagsvormittags Markt ist, die Mediothek im Glashaus zugänglich sein, ähnlich wie in Dänemark ohne Personal vor Ort. „Mir ist um die Zukunft der Stadtbibliothek nicht bange“, so der EBM, „denn der digitale Wandel wird von ihr offensiv aufgegriffen.“

„Heiß auf Lesen“

Am meisten von Corona beeinträchtigt waren 2021 die Veranstaltungen. Lesungen, Ausstellungen, aber auch medienpädagogische Angebote und Beratungen konnten nicht wie sonst stattfinden: Statt 1073 wie noch 2019 waren es im vergangenen Jahr nur noch 363 – ein drastischer Rückgang. Umso erfreulicher, dass die jährliche Sommerleseaktion „Heiß auf Lesen“ während der Sommerzeit 200 Kinder von der zweiten bis zur achten Klasse dazu animierte, mindestens ein Buch zu lesen und darüber in einem Logbuch zu schreiben.

Auftakt in diesem Jahr ist am 12. Juli. Für alle Teilnehmenden locken eine Urkunde und die Abschlussparty am 1. Oktober in der Kinder- und Jugendbibliothek. Außerdem steht noch ein besonderes Comeback an: Nach zwei Jahren Pause verwandelt „StadtLesen“ den Kartoffelmarkt wieder in ein Lesewohnzimmer mit rund 3000 Büchern. Mehr dazu auf Seite 3.

Inklusiv und interaktiv durchs Museum

Augustinermuseum stellt neue Handy-App vor

Eine Führung oder wenigstens ein guter Audioguide ist für einen Museumsbesuch eigentlich unerlässlich, wenn man nicht schon reichlich Vorwissen mitbringt. Doch nicht immer ist zur Wunschzeit eine Führung verfügbar – und schon gar nicht für spezielle Zielgruppen wie Kinder oder Menschen mit Behinderung. Im Augustinermuseum ist das jetzt anders: Mit der neuen App ist ein spannender Museumsbesuch jederzeit garantiert – zur Not sogar außerhalb der Öffnungszeiten.

Pressekonferenzen im Museum sind Alltag, aber nur selten ist auch die städtische Behindertenbeauftragte Sarah Baumgart dabei. So war es jüngst – aus gutem Grund: Mit viel Aufwand und dank Gemeinderatsbeschluss „ausnahmsweise ausreichend Geld“, so Museumsdirektor Tilmann von Stockhausen, hat das Museumsteam eine interaktive und inklusive App entwickelt, die nicht nur für Freiburg neu ist, sondern sich auch im nationalen und internationalen Vergleich nicht verstecken muss.

Mit ihren Funktionen geht sie weit über klassische Audioguides hinaus, die oft eine bestimmte Route vorschreiben und sich kaum persönlichen Interessen anpassen lassen. Ganz anders die kostenlose App fürs Augustinermuseum: Sie bietet nicht nur mehrsprachige Hintergrundinfos, Texte, Filme und Audiobeiträge für alle, die gerne tiefer einsteigen möchten. Auch inklusive Angebote sind verfügbar – darunter Videos in Gebärdensprache, Führungen in Leichter Sprache sowie eine Audio-deskription für stark sehingeschränkte und blinde Museumsgäste. Außerdem gibt es eine speziell für Kinder entwickelte Tour mit „August und Tina“ – ebenfalls zusätzlich in Gebärdensprache.

Die Vielzahl inklusiver Anwendungen macht die App so besonders, wie Sarah Baumgart betont. „Vor allem Angebote für behinderte Kinder sind noch sehr selten.“ Bisher gab es Führungen für diese Zielgruppen nur zu bestimmten Terminen und meist auch nur zu den Sonderausstellungen. Jetzt stehen sie rund um die Uhr für die Dauerausstellungen bereit. „So stellen wir uns Inklusion vor“, freut sich Sarah Baumgart.

Sehr schön für alle Zielgruppen ist der Schlendermodus. Unauffällig angebrachte „Beacons“ erkennen per Bluetooth den Standort der Museumsgäste und schlagen Infos für die Objekte in der nahen Umgebung vor. Fast komplett unsichtbar ist das technische Rüstzeug, mit dem das Museum ausgestattet wurde, um die Nutzung der App zu ermöglichen. Bis auch im hintersten Winkel gutes (und für die Museumsgäste kostenloses) WLAN ankam, musste einiges an Hirnschmalz investiert werden, berichtet der Museums-IT-Fachmann Jochen Dietel. Das Ergebnis überzeugt – und trotzdem hat Dietel einen Tipp. Damit alles ruckfrei läuft und Ladewartezeiten vermieden werden, kann man sich alle Inhalte schon zu Hause in der App runterladen und im Museum dann offline nutzen. Notwendig ist das aber nicht, ebenso wenig wie das Mitbringen eines eigenen Geräts: Die kann man an der Museumskasse auch ausleihen.

Die Entwicklung der App und aller Inhalte (auch für den noch nicht fertiggestellten letzten Bauabschnitt des Museums) hat 250 000 Euro gekostet. Eine Ausweitung für Sonderausstellungen, andere Museen oder sogar Stadtrundgänge ist technisch problemlos möglich und langfristig anvisiert. Im neuen NS-Dokuzentrum kommt die App auf jeden Fall zum Einsatz.

App-Download: „Augustinermuseum“ ist kostenlos in den App-Stores für Android und Apple erhältlich.

Kurz gemeldet

Einladung zum Regionalmarkt

Nach zweijähriger Corona-Pause findet am Samstag, 30. Juli, von 10 bis 17 Uhr erstmals wieder der Regionalmarkt „Schwarzwald trifft Kaiserstuhl“ statt. Neu ist der Veranstaltungsort: Die Marktstände mit regionalen Produkten wie Wein, Edelbrände, Gemüse, Säfte, Marmeladen, Käse, Kräuter, Öle, Walnusstorten sowie andere Erzeugnisse aus dem Kaiserstuhl und dem Schwarzwald stehen zum ersten Mal auf dem Platz der Alten Synagoge in Freiburg.

Die Besucherinnen und Besucher können sich auf höchste Qualität, leckere Rezepte und originelle Geschenkideen aus der Region freuen. Die Erzeugerinnen und Erzeuger informieren über Herkunft und Qualität ihrer Produkte und stellen kleine Kostproben zur Verfügung.

Termin: Sa, 30.7., 10–17 Uhr

Street Food Market im August

Mehr als 40 Foodtrucks öffnen beim achten Street Food Market am Samstag und Sonntag, 6./7. August, ihre Verkaufsklappen auf dem Boulevard der Messe Freiburg. Besucherinnen und Besucher können sich auf Köstlichkeiten freuen, die vor Ort frisch zubereitet werden: Spezialitäten aus Brasilien, den USA, Kroatien, Mexiko und vielen anderen Ländern. Eine Beach-Area lockt zum Entspannen, auch ein DJ ist mit dabei. Für die Kleinsten gibt es ein Kinderkarussell, Henna-Tattoos, Ballons, Kinderschminken, eine Hüpfburg und vieles mehr.

Geöffnet: Sa, 11–22 Uhr, So, 11–20 Uhr, Infos: www.streetfoodmarket-freiburg.de

Figur von jüdischem Sportstar beschädigt

Bei der Ausstellung „Zwischen Erfolg und Verfolgung – Jüdische Stars im deutschen Sport bis 1933 und danach“ wurde am 8. Juli die Figur des Basketballers Ralph Klein mutwillig abgebrochen. Die Ausstellung am Rotteckring war bis 14. Juli zu sehen und würdigte mit überlebensgroßen Aufstellern jüdische Sportlerinnen und Sportler, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, darunter Olympiasiegerinnen und Weltmeister. Sie wurde zuvor bereits in 28 Städten gezeigt.

Die Veranstalter – das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus der Städtischen Museen, der SC Freiburg und die Israelitische Gemeinde Freiburg – sind schockiert, gehen von einem womöglich antisemitischen Hintergrund aus und haben umgehend Anzeige erstattet. Die Polizei kann dies bislang weder ausschließen noch bestätigen, Hinweise zu Tatverdächtigen lagen noch keine vor.

www.juedische-sportstars.de

Bürgerreise nach Besançon

Am ersten Oktoberwochenende (Sa, 1.10 / So, 2.10.) bietet die Deutsch-Französische Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg eine Busreise in Freiburgs französische Partnerstadt Besançon an. Auf dem Programm stehen ein Empfang der Stadt, eine Stadtführung sowie ein Besuch des berühmten „Musée du Temps“. Außerdem gibt es reichlich Zeit für eigene Erkundungen und Besuche, beispielsweise des „Marché Couvert“.

Die Fahrt einschließlich aller Eintritte und Führungen, der Übernachtung im Hotel Ibis Centre Ville sowie einem Abendessen auf dem Schiff „Le Pont Battant“ kostet (im Doppelzimmer) 185 Euro.

Infos und Anmeldung (bis 15.8.) bei Rolf Jackisch, E-Mail: rolf.jackisch@pharmakol.uni-freiburg.de; Tel. 0761 5 55 94 65

Beirat für Migration tagt

Der Beirat für Migrantinnen und Migranten ist ein kommunales Gremium, das die Interessen der ausländischen Bevölkerung und aller Migrantinnen und Migranten mit deutschem Pass vertritt. Er tagt öffentlich am Mittwoch, den 20. Juli, von 18 bis 20 Uhr im neuen Ratssaal des Innenstadtrathauses. Besucher und Besucherinnen werden gebeten, eine FFP2-Maske zu tragen.

Gestaltungsbeirat tagt am 21. Juli

Die nächste Sitzung des Gestaltungsbeirats findet am Donnerstag, 21. Juli, um 14 Uhr im Raum Schauinsland im Rathaus im Stühlinger (Fehrenbachallee 12) statt. Besucherinnen und Besucher sind herzlich willkommen, werden aber gebeten, eine medizinische Maske zu tragen.

Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen der Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Bezirksärztekammer Südbaden in der Sundgauallee 27, die Erweiterung der Max-Weber-Schule in der Fehrenbachallee 14 sowie der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses mit der Ortsverwaltung in der Breisgauer Straße 61. Die beiden letztgenannten Punkte sind Weiterentwicklungen bereits präsentierter Planungen.

Weitere Informationen unter www.freiburg.de/gestaltungsbeirat